



General Abdel Fattah al-Burhan trifft in Asmara ein



Asmara, 26. November 2024 - General Abdel Fattah al-Burhan, Vorsitzender des sudanesischen Souveränitätsrates, ist in den Morgenstunden zu einem eintägigen Arbeitsbesuch in Asmara eingetroffen.

Bei ihrer Ankunft auf dem internationalen Flughafen von Asmara wurden General al-Burhan und seine Delegation von Präsident Isaias Afwerki herzlich empfangen.

Bei einem Treffen im State House betonte Präsident Isaias die konsequente Haltung Eritreas zur aktuellen Lage im Sudan. Er erklärte, dass das Problem im Sudan nur durch das sudanesisches Volk selbst und mit Unterstützung der Nachbarländer gelöst werden könne.

Präsident Isaias betonte, dass die Souveränität, die Stabilität und die Einheit des Sudan für die Region von entscheidender Bedeutung sind, und bekräftigte die Zusage Eritreas, seinen bescheidenen Beitrag zur Unterstützung dieses Prozesses zu leisten.

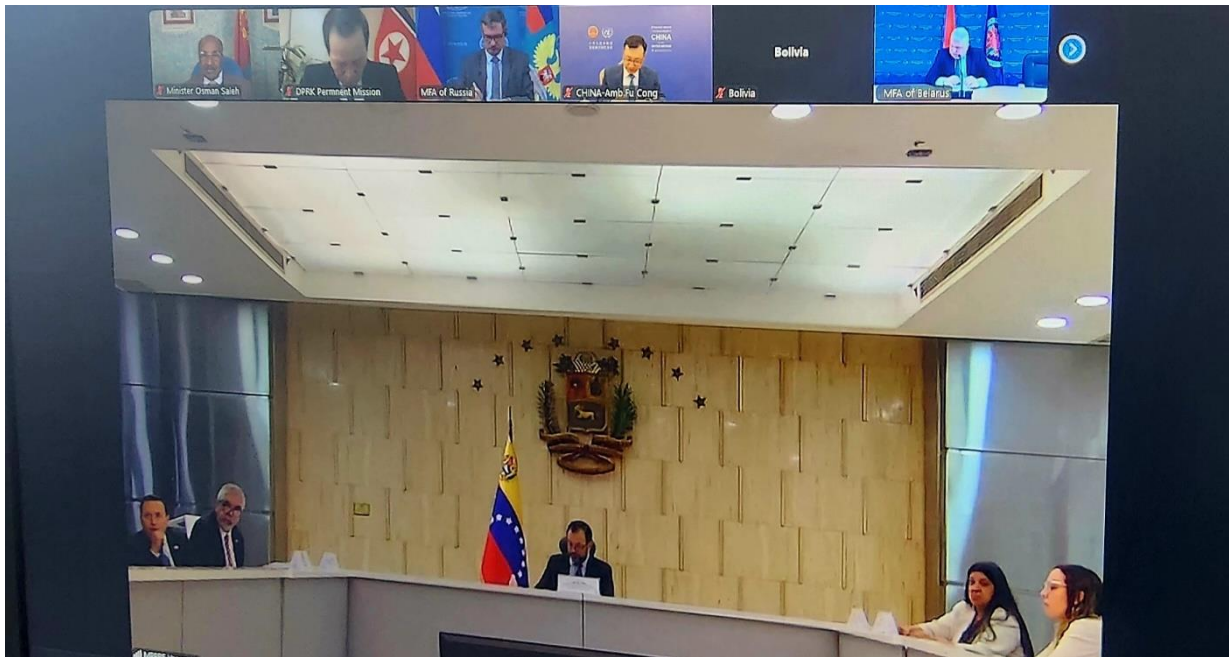
In seiner Rede vor Erina lobte General al-Burhan die Unterstützung, die das Volk und die Regierung Eritreas in dieser für den Sudan so wichtigen Zeit leisten. Er brachte auch seine Bereitschaft und Absicht zum Ausdruck, die seit langem bestehenden Beziehungen zwischen den beiden Ländern weiter auszubauen.

An dem Treffen nahm auch Osman Saleh, Minister für auswärtige Angelegenheiten, teil.

Der sudanesischen Delegation gehörten Khalid Ali Eleaisir, Minister für Kultur und Information, und Generalleutnant Ahmed Ibrahim Mofadal, Generaldirektor des Allgemeinen Nachrichtendienstes, sowie weitere hohe Beamte an.

General al-Burhan beendete seinen Besuch und kehrte nach dem eintägigen Arbeitsbesuch nach Hause zurück.

Minister Osman spricht vor der Gruppe von Freunden zur Verteidigung der UN-Charta



Asmara, 28. November 2024 - Außenminister Osman Saleh sprach am 25. November auf dem außerordentlichen Ministertreffen der Gruppe der Freunde zur Verteidigung der Charta der Vereinten Nationen zu Palästina.

Minister Osman bekräftigte Eritreas feste Solidarität und unerschütterliche Unterstützung für das widerstandsfähige palästinensische Volk in seinem gerechten und legitimen Kampf für Selbstbestimmung, Frieden und Gerechtigkeit.

Er betonte, dass das Recht auf Selbstbestimmung ein Eckpfeiler der UN-Charta und des Völkerrechts sei und dass dieses Recht im Falle des palästinensischen Volkes uneingeschränkt gewährt und respektiert werden müsse. Er forderte die internationale Gemeinschaft auf, die Bestrebungen der Palästinenser nach einem Leben in Frieden, Sicherheit und Würde zu unterstützen.

Minister Osman erkannte die Herausforderungen auf dem Weg zum Frieden an, bezeichnete jedoch die wachsende internationale Anerkennung des palästinensischen Kampfes als bedeutenden Schritt nach vorn. Er betonte, dass das palästinensische Volk die gleichen Rechte und Freiheiten verdient wie alle anderen

Völker der Erde und dass ein dauerhafter und gerechter Frieden nur durch die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates erreicht werden kann.

In dieser kritischen Phase betonte Minister Osman die unverzichtbare Rolle der palästinensischen Einheit in ihrem Streben nach Selbstbestimmung und Gerechtigkeit. Er betonte, dass die Fragmentierung und Spaltung der palästinensischen Gesellschaft, die in erster Linie von hegemonialen Akteuren inszeniert wird, weiterhin die Fähigkeit der Palästinenser untergräbt, ihre legitimen Rechte nach internationalem Recht einzufordern. Er schloss mit der Feststellung, dass der Status quo weder nachhaltig noch moralisch akzeptabel ist, und forderte die internationale Gemeinschaft zum Handeln auf.

Präsident Isaias Afwerki trifft mit Vizepräsidentin der Afrikanischen Entwicklungsbank zusammen



Asmara, 18. November 2024 - Präsident Isaias Afwerki traf heute Morgen in Adi Halo mit einer Delegation der Afrikanischen Entwicklungsbankgruppe unter der Leitung von Vizepräsidentin Nnenna Nwabuo zusammen.

Im Mittelpunkt des Treffens standen der aktuelle Stand und die Zukunftsaussichten der Entwicklungszusammenarbeit zwischen Eritrea und der Afrikanischen Entwicklungsbank. Die Gespräche erstreckten sich auch auf die von der eritreischen Regierung festgelegten Prioritäten, darunter Projekte und Programme im Bereich der erneuerbaren Energien im Rahmen der Zusammenarbeit.

An dem Treffen nahmen Dr. Gergis Teklemicael, Minister für Finanzen und nationale Entwicklung, Hagos Gebrehiwet, Leiter der Wirtschaftsabteilung des PFDJ, und Nesredin Mohammed-Saleh, Minister für Handel und Industrie, teil.

Es sei daran erinnert, dass der Präsident der Afrikanischen Entwicklungsbank, Dr. Akinwumi Adesina, bereits im September 2024 in Asmara und im Juni auf dem Korea-Afrika-Gipfel in Ulsan mit Präsident Isaias Afwerki zusammentraf.

Bemerkungen von Minister Osman Saleh auf der Konferenz über unilaterale Zwangsmaßnahmen



Bemerkungen
von
Minister Osman Saleh

Konferenz über unilaterale Zwangsmaßnahmen
21. November 2024
Genf, Schweiz

Sonderberichterstatteerin, Professor Alena Douhan.

Exzellenzen,

verehrte Delegierte

Zunächst möchte ich Professor Alena Douhan meinen aufrichtigen Dank für ihr Engagement und ihre harte Arbeit bei der Organisation dieser wichtigen Konferenz und für ihr unermüdliches Engagement für das

Mandat aussprechen. Ich möchte auch der Bolivarischen Republik Venezuela, die den Vorsitz der Gruppe der Freunde der UN-Charta innehat, der Eritrea mit Stolz angehört, für ihre wohlwollende Führung bei unseren gemeinsamen Bemühungen herzlich danken.

Diese Konferenz bietet eine wichtige Plattform, um die tief greifenden Auswirkungen von Primär- und Sekundärsanktionen auf viele Nationen zu erörtern und zu analysieren. Wir sind zuversichtlich, dass sie einen Weg für den Dialog schaffen wird - nicht nur zwischen den sanktionierten Ländern, sondern auch zwischen denen, die Sanktionen verhängen, und den Betroffenen - und damit das gegenseitige Verständnis fördert und den Weg für konstruktive Lösungen ebnet.

Exzellenzen,

gestatten Sie mir, kurz auf die Erfahrungen meines Landes mit Sanktionen einzugehen. Im Jahr 2009 verhängte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Sanktionen gegen Eritrea, die später, im Jahr 2011, ausgeweitet wurden. Diese Maßnahmen waren sowohl voreingenommen als auch ungerechtfertigt. Sie basierten nicht auf Fakten und Recht und entbehrten jeglicher Grundlage und echter Sorge um den internationalen Frieden und die Sicherheit. Es wurden keine stichhaltigen Beweise vorgelegt, um die Behauptung zu untermauern, dass Eritrea schwerwiegende Handlungen begangen hat, die den regionalen und globalen Frieden im Sinne der Charta der Vereinten Nationen gefährden.

Diese ungerechtfertigten und nicht zu rechtfertigenden Sanktionen behinderten Eritreas Fähigkeit, sich gegen die militärische Besetzung seiner souveränen Gebiete zu verteidigen, und ermutigten das frühere äthiopische Regime zu zeitweiligen Aggressionshandlungen. Als solche stellten sie eine flagrante Verletzung des in der Charta der Vereinten Nationen garantierten Rechts Eritreas auf Selbstverteidigung dar.

Im krassen Gegensatz zu bestimmten Behauptungen hatten diese Sanktionen äußerst nachteilige Auswirkungen auf die eritreische Bevölkerung. Sie haben die Möglichkeiten für internationale Zusammenarbeit und vorteilhafte Partnerschaften stark eingeschränkt, die Kapitalkosten für kommerzielle Kredite drastisch erhöht, ausländische Investoren abgeschreckt, die Schaffung von Arbeitsplätzen und das Wirtschaftswachstum behindert und die Einfuhr wesentlicher Ausrüstungen für die Entwicklung und die soziale Infrastruktur eingeschränkt.

Exzellenzen,

Obwohl diese Sanktionen fast ein Jahrzehnt später, im Jahr 2018, nach der Annäherung zwischen Eritrea und Äthiopien aufgehoben wurden, werden heute eine andere Form von Sanktionen gegen Eritrea verhängt, die in ihrer Form abscheulich und in ihrer Wirkung noch zerstörerischer sind.

Diese einseitigen Sanktionen und Zwangsmaßnahmen gegen Eritrea (wie auch gegen andere Länder) entbehren jegliche rechtliche Grundlage und Begründung. Vielmehr ist es offensichtlich, dass sie gegen die grundlegenden Prinzipien der Menschenrechte und verschiedene internationale oder regionale Instrumente verstoßen.

Die UCM, diese Belagerungsmaßnahmen des 21. Jahrhunderts, greifen rücksichtslos die Grundlagen des Fortschritts Eritreas und anderer Nationen an und missachten deren Recht auf Entwicklung in eklatanter

Weise. Diese Maßnahmen sind nicht nur strafend, sondern auch zutiefst ungerecht, da sie die Souveränität und Selbstbestimmung der betroffenen Nationen untergraben.

Einseitige Zwangsmaßnahmen (Unilateral Coercive Measures, UCMs) haben kein ordnungsgemäßes Verfahren und werden ohne ausdrückliche Genehmigung oder Konsens der internationalen Gemeinschaft angewendet. Als solche stellen sie einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht, das humanitäre Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen dar. Darüber hinaus verletzen und behindern UCMs die Verwirklichung aller Menschenrechte und behindern die Fähigkeit der betroffenen Nationen, das Wohlergehen und die Entwicklung ihrer Bevölkerung zu gewährleisten. Die willkürliche Anwendung dieser Maßnahmen stört das soziale und wirtschaftliche Gefüge der betroffenen Länder und führt zu weit verbreitetem Leid und Entbehrungen.

Exzellenzen,

Aus der Sicht des Staates Eritrea und anderer Länder, die mit einseitigen Sanktionen konfrontiert sind, stellt die zunehmende Anwendung dieser Maßnahmen - einschließlich sekundärer Sanktionen und extraterritorialer Durchsetzungsmechanismen - eine immer weiter um sich greifende Form des wirtschaftlichen Zwanges dar. Dieser Zwang trifft in unverhältnismäßiger Weise die schwächsten Bevölkerungsgruppen, verschärft bestehende Ungleichheiten und schafft neue Härten.

Darüber hinaus wirft der Mangel an Transparenz und Rechenschaftspflicht bei der Umsetzung von UCMs ernsthafte ethische und rechtliche Bedenken auf. Das Fehlen eines ordnungsgemäßen Verfahrens und das Versäumnis, einen internationalen Konsens zu finden, untergraben die Legitimität dieser Maßnahmen und schwächen das Vertrauen in das internationale System. Die Weltgemeinschaft muss unbedingt die schädlichen Auswirkungen von UCMs erkennen und auf gerechtere und ausgewogenere Lösungen hinarbeiten, die die Souveränität und Rechte aller Nationen respektieren.

Es ist wichtig, die Bedeutung eines offenen Dialogs und gegenseitigen Verständnisses zu erkennen, wenn es darum geht, die komplexen Auswirkungen dieser Maßnahmen anzugehen. Es besteht eine erhebliche Diskrepanz in der Berichterstattung, und es ist beunruhigend, dass die sanktionierenden Staaten die tief greifenden Folgen einseitiger Zwangsmaßnahmen absichtlich nicht anerkennen. Dieses Versäumnis führt zu einer einseitigen Sichtweise, bei der die weitreichenden Auswirkungen auf die betroffenen Länder - von humanitären Krisen bis hin zur wirtschaftlichen Destabilisierung - oft ignoriert werden.

Exzellenzen,

Wie wir im Laufe dieser beiden Tage erörtern werden, gehen die Auswirkungen von Sanktionen für viele Länder des Globalen Südens über die betroffenen Länder selbst hinaus. Unsere Nachbarländer, die oft auf grenzüberschreitenden Handel und regionale Zusammenarbeit angewiesen sind, sind ebenfalls von den Spillover-Effekten von Primär- und Sekundärsanktionen betroffen. Diese Sanktionen, die oft ohne Rücksicht auf den breiteren regionalen Kontext verhängt werden, unterbrechen ganze Lieferketten, verteuern Waren und Dienstleistungen und belasten internationale Partnerschaften. In diesem Umfeld werden die Bemühungen zur Förderung von Frieden, Stabilität und Menschenrechten oft behindert, da die Sanktionen die Fähigkeit der betroffenen Länder einschränken, in vollem Umfang an der Weltwirtschaft teilzunehmen.

Professor Alena Douhan, der Staat Eritrea fordert gemeinsam mit seinen Verbündeten ein Ende aller einseitigen Zwangsmaßnahmen. Gleichzeitig sind wir entschlossen, einen offenen Dialog mit allen interessierten Parteien aufrechtzuerhalten, um konstruktive Wege zu finden, die die tiefgreifenden Ungerechtigkeiten und Härten, die alle betroffenen Nationen und Völker erleiden, beseitigen, und bekräftigen unser unnachgiebiges Engagement für eine faire, respektvolle und kooperative internationale Ordnung, in der Souveränität und Gerechtigkeit für alle gewahrt werden.

Ich danke Ihnen.

Präsident Isaias traf den UN-Sondergesandten für den Sudan



Asmara, 12. November 2024 - Präsident Isaias Afwerki traf heute im Gästehaus Denden den Sondergesandten des UN-Generalsekretärs für den Sudan, Herrn Ramtane Lamamra, zu einem ausführlichen Gespräch über regionale Entwicklungen und insbesondere den Konflikt im Sudan.

Präsident Isaias erläuterte ausführlich die Perspektiven Eritreas für eine Lösung des Konflikts im Sudan, die auf sudanesischen Eigenanstrengungen beruht, die nicht durch externe Einmischung behindert werden und auf einem Fahrplan basieren, der einen echten Frieden garantiert. Dieser Weg würde die Souveränität und territoriale Integrität des Sudan sicherstellen und dem Sudan den ihm zustehenden Platz in der globalen Gemeinschaft der Nationen zurückgeben, betonte Präsident Isaias.

Lamamra erklärte seinerseits, dass der Hauptzweck seines Beratungsbesuchs in Eritrea darin bestehe, Meinungen über Mittel und Wege auszutauschen, um eine dauerhafte Lösung des Konflikts im Sudan herbeizuführen, indem die beiden Konfliktparteien an den Verhandlungstisch gebracht werden.

In diesem Zusammenhang würdigte Lamamra Eritreas Perspektiven und Einschätzungen zu den zahlreichen Parametern und Variablen, die sich auf den Friedensprozess im Sudan auswirken, zu den externen Eingriffen, die den Konflikt verschärft haben, sowie zu wichtigen Ansätzen für eine Einigung zwischen beiden Seiten.

An dem Treffen nahmen der Außenminister Osman Saleh und Vertreter der UN-Büros in Eritrea teil.

Eritreische Delegation nimmt an UN-Klimakonferenz teil



Asmara, 13. November 2024 - Eine eritreische Delegation unter der Leitung von Tesfay Gebreselasie, Minister für Land, Wasser und Umwelt, hat an der 29. UN-Klimakonferenz teilgenommen, die vom 11. bis 22. November in Baku, Aserbaidshan, stattfand.

Herr Tesfay sagte in seiner Rede vor den Teilnehmern, dass alle Beteiligten ihre jeweilige Rolle spielen müssen, wie groß oder klein auch immer, um zu verhindern, dass die globale Klimakrise einen schwer zu überwindenden Wendepunkt erreicht. In erster Linie haben die großen Treibhausgasemittenten die moralische Verantwortung, ihre Emissionen auf Null zu reduzieren.

Herr Tesfay sagte in seiner Rede vor den Teilnehmern, dass alle Beteiligten ihre jeweilige Rolle spielen müssen, wie groß oder klein auch immer, um zu verhindern, dass die globale Klimakrise einen schwer zu überwindenden Wendepunkt erreicht. In erster Linie haben die großen Treibhausgasemittenten die moralische Verantwortung, ihre Emissionen auf Null zu reduzieren.

Eine weitere Verzögerung oder ein Scheitern bei der Verwirklichung dieses längst überfälligen Ziels ist gleichbedeutend mit der Vorgabe der Selbstauslöschung. Und das ist etwas, was niemand von uns will und beabsichtigt.

In diesem Bewusstsein hat sich Eritrea im Rahmen seiner begrenzten Ressourcen und Kapazitäten nachdrücklich dafür eingesetzt, die bedrohlichen Auswirkungen des Klimawandels durch naturbasierte Generationsprogramme zu bekämpfen, die sich auf die Stärkung der Klimaresistenz von Gemeinschaften und die Wiederherstellung unserer geschädigten Ökosysteme konzentrieren, darunter:

- Boden- und Wasserschutz,
- Aufforstung und Wiederaufforstung,
- Einrichtung von Schutzgebieten zu Lande und zu Wasser,
- Förderung von Pflanzen- und Tierarten, die gegen Trockenheit, Krankheiten und Schädlinge resistent sind,
- Förderung des Einsatzes von Biodünger und Verbot des Einsatzes von chemischen Düngemitteln und Pestiziden,
- Verbesserung der Kapazitäten in der Abfallwirtschaft,
- Einführung von Solarenergieanwendungen und Verbesserung der Effizienz von Energiegeräten usw.

Präsident Isaias führt Gespräche mit Delegation der Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone

Asmara, 01. November 2024 - Präsident Isaias Afwerki hat eine Delegation der Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone (AfCFTA) unter der Leitung von Generalsekretär Wamkele Mene in Adi Halo empfangen und mit ihr Gespräche geführt.

Während des Treffens betonte Präsident Isaias, wie wichtig es für die afrikanischen Länder ist, ihre natürlichen Ressourcen und ihr Humankapital zu nutzen und eine umfassende Industrialisierung zu betreiben. Er betonte, dass industrielles Wachstum, unterstützt durch eine gut entwickelte Infrastruktur, eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass Afrika nicht nur Rohstoffe, sondern auch verarbeitete Waren exportieren kann, wodurch ein günstiges Umfeld für den freien Handel auf dem gesamten Kontinent geschaffen wird.

Präsident Isaias erörterte auch die Herausforderungen, mit denen afrikanische Länder konfrontiert sind, wenn sie versuchen, eine unabhängige Politik zu verfolgen und gleichzeitig finanzielle Unterstützung von internationalen Finanzinstitutionen zu erhalten. Er betonte, wie wichtig es sei, koordinierte und effiziente afrikanische Finanzinstitutionen mit neuen Vorschriften und Handelsmodalitäten zu schaffen. Solche Institutionen würden die afrikanischen Länder in die Lage versetzen, durch gezielte Projekte, bei denen

Fachwissen und Zusammenarbeit zum Einsatz kommen, ein gemeinsames und synergetisches Wachstum zu erzielen.



Generalsekretär Wamkele Mene erläuterte den Hauptzweck des Besuchs der Delegation, der darin bestand, sich mit der eritreischen Regierung über den aktuellen Stand und die potenziellen Möglichkeiten der Industrialisierung in Afrika sowie über die Modalitäten für die Förderung des Freihandels zu beraten, um den gemeinsamen Fortschritt voranzutreiben und zu beschleunigen.

Der Generalsekretär betonte die Dringlichkeit entscheidender Schritte zur Einleitung dieser Bemühungen und wies darauf hin, dass Afrika zwar noch nicht vollständig vorbereitet sei, frühzeitige Maßnahmen jedoch ausschlaggebend seien, um den Prozess voranzutreiben.

Die Delegation besichtigte auch das Bewässerungslandwirtschaftsprojekt in Adi Halo.

Keren und Geleb Sub-Zonen erklären sich als frei von FGM

Keren, 28. November 2024 - Die Unterzonen Keren und Geleb in der Region Anseba haben sich am 23. bzw. 25. November offiziell für frei von weiblicher Genitalverstümmelung (FGM) erklärt.

Während der Zeremonien in der Stadt Keren und im halbstädtischen Zentrum von Geleb wies Oberst Tesfatsion Girmay, Vorsitzender des Komitees für die Gewährleistung der Rechte von Kindern und Frauen und die Ausrottung schädlicher Praktiken, auf die negativen gesundheitlichen und psychologischen Auswirkungen von FGM auf Frauen hin. Er rief zu einer stärkeren Beteiligung der Öffentlichkeit an der nachhaltigen Ausrottung dieser Praxis auf.

Rezene Araya und Osman Adm, die Verwalter der Unterzonen Keren und Geleb, wiesen auf die großen Anstrengungen hin, die unternommen wurden, um die Öffentlichkeit für schädliche Praktiken zu sensibilisieren, und erklärten, dass die Ergebnisse den Erfolg dieser Initiativen widerspiegeln.

Botschafter Abdella Musa, der Gouverneur der Region, beglückwünschte die Menschen in den beiden Unterzonen und betonte, wie wichtig es sei, diese Erfolge aufrechtzuerhalten.

Es ist erwähnenswert, dass sich die Unterzonen Asmat, Habero, Halhal, Adi-Tekelezan und Elaberet durch die gemeinsamen Bemühungen der Ministerien für Arbeit und Soziales, Gesundheit und der Nationalen Union der eritreischen Frauen bereits für frei von FGM erklärt hatten.

Minister Yemane Gebremeskel traf sich mit der Direktorin des UN-Informationsdienstes



Asmara, 15. November 2024 - Informationsminister Yemane Gebremeskel traf heute Morgen mit Sandra Macharia, Direktorin des UN-Informationsdienstes in Ostafrika, zusammen.

Während des Treffens erklärte Minister Yemane, dass die seit langem andauernde Diffamierung Eritreas eine politisch motivierte und koordinierte Medienkampagne der US-amerikanischen und europäischen Medien ist.

Minister Yemane wies ferner darauf hin, dass die Verleumdungen über das normale Maß hinausgingen, und legte Beweise dafür vor, dass die negative Medienberichterstattung über Eritrea mit den geopolitischen Interessen bestimmter bekannter Länder verknüpft ist.

Sandra Macharia berichtete ihrerseits, dass sie produktive Gespräche mit verschiedenen eritreischen Beamten geführt habe. Sie erwähnte, dass sich ihre Wahrnehmung des Landes seit ihrem Besuch deutlich verändert habe und lobte die professionellen und aufschlussreichen Informationen, die sie von eritreischen Jugendlichen erhalten habe.

Nahla Valji, UN Resident Coordinator in Eritrea, nahm ebenfalls an dem Treffen teil.

Die Delegation, bestehend aus Louis Haxthausen, Regionaldirektor der UNESCO in Ostafrika, und Sandra Macharia, besuchte am 13. und 14. November die antike archäologische Stätte von Adulis und das Northern Red Sea Museum. Während ihres Besuchs in Adulis wurde die Delegation von Experten und Koordinatoren des Projekts, das von eritreischen und italienischen Archäologen gemeinsam durchgeführt wird, ausführlich informiert.

AUSBILDUNGSPROGRAMM FÜR ERITREISCHE DIPLOMATISCHE BEAMTE IM BEREICH INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN



Asmara, 06. November 2024 - Fünfundvierzig Diplomaten des eritreischen Außenministeriums und des Informationsministeriums haben vor kurzem ein vom chinesischen Handelsministerium gesponsertes und vom Hunan International Vocational College veranstaltetes Schulungsprogramm abgeschlossen. Das Programm befasste sich mit internationalen Beziehungen, den Beziehungen zwischen China und Afrika und der chinesischen Außenpolitik und kombinierte Online- und Vor-Ort-Unterricht.

Iyasu Habte, Direktor des Asien-Pazifik-Referats im eritreischen Außenministerium, betonte den Wert des Kultur- und Bildungsaustauschs für die Stärkung der chinesisch-eritreischen Beziehungen und gratulierte den Koordinatoren und Absolventen zum erfolgreichen Abschluss des Schulungsprogramms.

Der chinesische Botschafter in Eritrea, Li Xiang, beglückwünschte seinerseits die Diplomaten, hob die dauerhafte Partnerschaft zwischen Eritrea und China hervor und äußerte die Hoffnung auf eine künftige Zusammenarbeit im Bereich Kapazitätsaufbau und Bildung.

Prof. He Yang vom Hunan International Vocational College stellte fest, dass die Schulung den Teilnehmern Kenntnisse in internationalen Beziehungen vermittelte und Themen wie diplomatische Praktiken, globale Politik, die Beziehungen zwischen China und Afrika und Chinas moderne Außenpolitik in einer Mischung aus Online- und Vor-Ort-Sitzungen behandelte.

Die Vertreter der Auszubildenden betonten ihrerseits den Wert des Programms für die Förderung des gegenseitigen Verständnisses und wiesen darauf hin, dass es ihren Einblick in die historische Entwicklung und den einzigartigen Ansatz Chinas in Bezug auf Staatsführung, Diplomatie und internationale Beziehungen vertieft hat.

Nationale Kampagne zur Sensibilisierung für antimikrobielle Mittel



Asmara, 20. November 2024 - Die gemeinsam von den Ministerien für Gesundheit, Landwirtschaft, Meeresressourcen sowie Land, Wasser und Umwelt organisierte Nationale Woche zur Sensibilisierung für antimikrobielle Mittel wurde gestern im NCEW-Hauptquartier in Asmara gestartet.

Dr. Andebrhan Tesfatsion als Vertreter des Gesundheitsministers und Amanuel Negassi als Vertreter des Landwirtschaftsministers betonten, dass diese Initiative einen wichtigen Beitrag zur Koordinierung der Bemühungen zur Eindämmung der zunehmenden Resistenz gegen Medikamente und Antibiotika leisten

wird. Sie wiesen auch darauf hin, dass die Kampagne als Grundlage für die Entwicklung wirksamer Kontrollmechanismen dienen wird.

Die Beamten betonten, wie wichtig die Umsetzung des strategischen Plans 2021-2025 ist, der darauf abzielt, die Resistenz gegen Medikamente und Antibiotika zu verringern.

Auf der Veranstaltung wurden mehrere Vorträge gehalten, darunter: „Verständnis und Verwendung von Antibiotika in der Öffentlichkeit“, ‚Vorläufige Studie zu den Stadien der Antibiotikaresistenz‘ und „Antibiotikaresistenz: Ernsthaftigkeit, Folgen und Kontrollinitiativen“.

Die Teilnehmer diskutierten ausgiebig über die vorgestellten Themen und sprachen verschiedene Empfehlungen aus, darunter die Notwendigkeit koordinierter Bemühungen aller Beteiligten, die Fortsetzung von Sensibilisierungsmaßnahmen und die Durchführung nationaler Forschungsarbeiten, um ein erstes Verständnis der Situation zu schaffen.

In ihren abschließenden Bemerkungen forderte Gesundheitsministerin Amina Nurhusein eine stärkere Beteiligung aller relevanten Institutionen und Partner, um eine koordinierte und wirksame Reaktion zu gewährleisten.



Falls Sie diesen Newsletter regelmäßig erhalten möchten, bitte kontaktieren Sie uns unter dieser E-Mail:
botschafteripubdiplomacy@t-online.de



General Abdel Fattah al-Burhan, Vorsitzender des sudanesischen Souveränen Rates, und Präsident Isaias Afwerki bei einem Spaziergang im Stadtzentrum von Asmara.



Herausgeber:
Botschaft des Staates Eritrea in Deutschland
- Public Diplomacy und Medien –
Stavangerstr. 18
10439 Berlin
Tel: 030-44 67 46 17

Für noch mehr Informationen über Eritrea bitte besuchen Sie unsere Website
<https://botschaft-eritrea.de>
E-Mail: botschafteripubdiplomacy@t-online.de